

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Durch unsere guten
Verhältnisse über 100 Jahre
bestehen wir mit dem besten
Wohlstand. Preis: 1.00 Mark
monatlich 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mark, halbjährlich
36.00 Mark, jährlich
72.00 Mark. Bestellen
unter Nr. 232.

Verantwortlich: Die Verlagsredaktion
Verleger: Herr Anton Auer
Verlag: Auer Verlag, Leipzig
Postfach 1000.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 232

Dienstag, den 4. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichstagsabkommen beriet gestern über das Wiederaufbauabkommen und sprach sich für die Ratifizierung des Abkommens aus. Heute vormittag wird sich der Auswärtige Ausschuss des Reichstages mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Entscheidung des Völkerbundrates über Oberschlesien soll am 11. November verkündet werden.

Die schwedischen Wahlen haben mit einem Sieg der sozialistischen Parteien geendet, die in anderen Parteien 24 Sitze angenommen haben.

Hindernisse für die Regierungsbildung.

Obwohl die rasche Konstituierung und Verwirklichung unserer Regierung eine Voraussetzung der Einheit unserer Ordnung ist, — ist doch gestern an der Aue der Dollar wieder auf über 130 gestiegen — hatten es dennoch einzelne Politiker offenbar für ein erlebnisreiches Ziel, der Regierungsbildung Steine in den Weg zu legen. Nachdem in Berlin die Sozialdemokratie überflüssigerweise ein Mindestprogramm aufgestellt hatte, haben sich die Unabhängigen in der Verantwortung der mehrheitlich sozialistischen Anfrage, wie sie sich zu einem Eintritt in die Koalition stellen würden, ein Programm ausgearbeitet, das einfach ihre jüngsten Parlamentsanträge reproduziert. Nun aber kommt auch noch der Abg. Dr. Mittelmann von der Deutschen Volkspartei und stellt allerhand Bedingungen auf. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß Rathenau und Wirth den von ihnen bisher sachlich eingenommenen Standpunkt aufgeben, und sich auf den Boden des Aktionsprogramms der Deutschen Volkspartei stellen. Es muß befremden, daß die offizielle Korrespondenz der Deutschen Volkspartei einen solchen Artikel an leitender Stelle wiedergibt. Es kann sich für keine Partei darum handeln, Programme aufzustellen, denen sich die anderen Teilnehmer an einer Koalition zu unterwerfen hätten. Es ist ausschließlich Aufgabe des Reichskanzlers, ein Programm zu entwerfen. Die Parteien haben dann die Möglichkeit, zu ihm Stellung zu nehmen. Man kann nur mit Bedauern feststellen, daß dies alles Steine in den Weg einer sachlich notwendigen Gruppierung bedeutet, von deren Zustandekommen ungeheuer viel, wenn nicht alles, abhängt.

Neue Koalitions-Besprechungen.

Unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Wirth wurden gestern in der Reichskanzlei die Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei über die Frage der Regierungsbildung im Reich fortgesetzt. Vertreter der Unabhängigen waren zu dieser Besprechung nicht zugegen. Der preussische Ministerpräsident Stegerwald hat ebenfalls eine Aussprache mit den Führern der Koalitionsparteien in Preußen eingelesen. Im Anschluß daran fand eine Beratung des Reichskanzlers Dr. Wirth mit dem preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald statt.

Müdigkeit des Reichsernährungsministers Hermes?

In der sozialistischen Presse wird das Gerücht verbreitet, daß der Reichsernährungsminister Dr. Hermes aus der Regierung ausscheiden und den Posten des Reichsboten in Washington übernehmen wolle; daran wird die Bemerkung geknüpft, daß das Ausscheiden des Ministers die neue Kabinettsbildung erleichtern würde. Von angeblich unterrichteter Seite wird die Möglichkeit des Austrittes nicht von der Hand gewiesen und betont, eine Entscheidung sei noch nicht zu erwarten. Hermes gehört der Zentrumspartei an.

Das Problem der Goldzahlung.

Die Hauptfrage bei den bevorstehenden Wiesbadener Besprechungen.

Im Oktober schreibt Felix Millet, die für etwa Mitte Oktober geplante neue Zusammenkunft zwischen Dr. Rathenau und Douceur beruht nicht die Veränderung des Wiesbadener Abkommens, sondern hauptsächlich nur die weitere Erörterung des Reparationsproblems. Hier ergab sich aber eine ernste Schwierigkeit, die so bald wie möglich gelöst werden müsse. Das Wiesbadener Abkommen beruht nicht die Zahlung in Gold. Ohne diese Zahlung sei Frankreich zum Bankrott verurteilt. Zweifellos würden von deutscher Seite große Anstrengungen ge-

macht, um den Anforderungen Frankreichs nachzukommen. Die deutsche Regierung habe nicht nur zwischen dem 31. Mai und 31. August eine Milliarde Goldmark bezogen, sondern habe auch im September mit den Vertretern der größten Geschäftsverbände verhandelt, um die für die künftigen Zahlungen nötige Summe in Gold zu sichern. Manche Leute hätten gedacht, daß mit Hilfe dieser wichtigen Geschäfts- und Bankverbindungen Deutschland in der Lage sein werde, eine internationale Anleihe zu begeben, die 5 oder 6 Milliarden Gold befragen würde. Von anderer Seite werde jedoch behauptet, daß es für Deutschland unmöglich sein würde, mehr als den dritten Teil dieser Summe zu sichern. Diese pessimistische Ansicht werde auch von denen geteilt, denen der Wiederaufbau unterstehe. Sie seien der Ansicht, daß Zahlungen in Gold bald eine vollkommene Unmöglichkeit sein würden. Es gebe nur einen Ausweg, nämlich den, daß Deutschland die Alliierten in sein Vertrauen ziehe und selbst die beste Methode vorschläge, um die Schwierigkeiten zu lösen. Man könne mit Sicherheit erwarten, daß dies eine der Hauptfragen sein werde, mit denen sich die Minister für den Wiederaufbau auf einer der nächsten Zusammenkünfte befassen würden.

Der Markkurs hält an!

Der Dollar 127 Mark.

Nachdem am Freitag voriger Woche eine gewisse Besserung des Markkurses zu verzeichnen gewesen war und auch am Sonnabend die fremden Wechsel noch nicht den Höchststand der Vortage erreicht hatten, brachte der gestrige Montag eine neue Steigerung der ausländischen Kurse, insbesondere des Dollars, der den Stand von 127 erreichte, was einen Rekord in der gegenwärtigen Devisenbewegung bedeutet, soweit die amtlichen Notierungen in Frage kommen. Wenn die New Yorker Devisenkurse sogar beträchtlich über Parität gehandelt worden sind, so kommt als Grund dafür ein gewisses zufälliges Moment mit in Betracht. Die neue Aufwärtsbewegung hatte erst am Sonnabend eingesetzt, so daß das Publikum in der Provinz erst im Laufe des Sonnabends nachmittag davon erfahren hatte, für diesen Tag war also keine Orderaufgabe mehr möglich. Angesichts dieser neuen Entwicklung zeigt sich aus der Provinz ein sehr starkes Bedürfnis, dessen Befriedigung gestern auf die Kursentwicklung ungünstig eingewirkt hat.

Neue Enthüllungen aus Bayern.

Die sozialistische Münchener Post veröffentlicht in einem Umfange von fast fünf Spalten Enthüllungen über die in München bestehende Netzschakne Oberland, die auch nach Oberschlesien Beziehungen unterhält. Der Hauptorganisator von Oberland und von der Nachrichtenzentrale München ist nach diesen Enthüllungen der gefuchte Hauptmann von Kessel, dessen richtiger Name Kleiser lautet und der in Grafing bei München wohnt und über außerordentlich große Geldmittel verfügt. Es besteht eine eigene Spionageabteilung gegen das feindliche Ausland, eine Einbruchabteilung, eine Abteilung zur Befestigung und Ueberwachung Unzuverlässiger in den eigenen Reihen und eine Spionageabteilung gegen politische Gegner. Leiter der Einbruchabteilung ist Oberleutnant Rail. Eine Nordkommission soll tatsächlich existieren, und zwar unter Führung des Hauptmanns Desterreicher. Die Verbindung mit der Münchener Volkspartei wird aufrechterhalten durch einen Herrn Weil, der früher bei der grünen Polizei war. Zahlreiche Akten von Oberland gehen nach dem Zimmer Nr. 117 der Münchener Volkspartei zur politischen Polizei. Leiter der Auslandsabteilung ist Oberleutnant Bongrat. Die Nordkommission bestand in Oberschlesien unter der Bezeichnung Wurfkommando. Im Gegensatz zur Münchener Organisation verfügt die zentrale Breslau über sehr große Geldmittel. Vor einigen Tagen wurde Hauptmann von Kessel in Grafing verhaftet und der Münchener Volkspartei eingeliefert. Kessel ist in Volkspartei-Gebäude in Pilsenhaft. Da er nach Breslau übergeführt werden soll, ist von Oberland beabsichtigt, ihn auf dem Transport gewaltsam zu befreien. In Oberschlesien wurden von Oberland zahlreiche standrechtliche Erschießungen vorgenommen. Waffendepots der Münchener Organisation sind der Münchener Post bekannt. Die Sturmgruppen der Nationalsozialisten arbeiten zusammen mit den freiwilligen Kampagnen 4 und 18. Sämtliche Angehörige der Sturmtruppe sind mit Gummiknüppeln, ein großer Teil auch mit Pistolen ausgerüstet.

Somit die Enthüllungen des sozialistischen Blattes. Es bleibt abzuwarten, ob sie nicht in nächster Zeit veröffentlicht werden.

Ein angebliches Hindenburg-Wort.

Hindenburg über Schwarzwehrot.

Das nationalsozialistische Hamburger Tageblatt bringt in seiner Sonntagsausgabe zum Vorabend des Geburtstags Hindenburgs, eine Unterredung mit dem Feldmarschall. Danach soll Hindenburg gesagt haben:

Wir müssen bei Schwarzwehrot bleiben. Was ist uns denn Schwarzwehrot? Grüßen Sie mir die Jugend und sagen Sie ihr, ich wünsche ihr von Herzen die Erfüllung ihrer Hoffnungen. Auf die Frage, ob nicht auch die Pflege des deutschen Geistes der Jugend gepredigt werden sollte, soll der Generalfeldmarschall weiter erwidert haben: Ja, und das bedeutet noch lange nicht den Krieg. Mein Freund Hindenburg hat doch eben jetzt erst wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir gar keinen Krieg führen können. Es fehlen uns alle technischen Hilfsmittel, Flugzeuge, Kanonen, Tanks. Trotzdem müssen wir doch immer daran denken, den Geist zu pflegen, um für alle entstehenden Möglichkeiten vorbereitet zu sein. Vergebens wehrt man das Wort ab vom Dolchstoß von hinten, und doch haben wir täglich neue Beweise dafür. Nehmen Sie sich in der Presse der Auslandsdeutschen an, die so treu an Schwarzwehrot festhalten.

Die ganze Fassung dieses Interviews läßt den Verdacht hochkommen, daß es sich hier um eine Fälschung handelt. Ja, man liest es so ziemlich aus den Reilen heraus, daß das Produkt aus der beschränkten Gedankenwelt jugendlicher Fanatiker stammt. Denn nur politischen Kindern kann eine solche Oberflächlichkeit der Betrachtung eigen sein, wie sie in den allierten Worten zum Ausdruck kommt. Man sollte doch vor der Person Hindenburgs etwas mehr Respekt haben, als daß man ihm den Dolch in die Hand drückt gegen die republikanische Entwicklung der Jugend.

Kleine politische Meldungen.

Die militärischen Sanktionen. Der Berichterstatter des Oberster teilte mit: Nach Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen werden England und Italien Frankreich fragen, ob es auch der Aufhebung der militärischen Sanktionen zustimmen oder nicht. Dann würden die französischen Wirtschaftler von der Loucheur'schen Schule gezwungen sein, Garde zu belassen.

Die Verhandlungen über den Kontrollausgleich im Rheinland. Aus Anlaß der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionsbestimmungen soll am 10. Oktober in Koblenz eine Besprechung zwischen deutschen und französischen Vertretern stattfinden, die sich mit der näheren Ausgestaltung des vorgesehenen internationalen Kontrollorgans beschäftigen soll. Die Einladung zu diesen Verhandlungen ist bereits im Gange.

Hochverratsprozess Jagow. Wie aus Leipzig gemeldet wird, soll die Verhandlung vor dem Reichsgericht gegen den früheren Polizeipräsidenten v. Jagow und den früheren Oberpräsidenten v. Wangenheim wegen Hochverrats am Donnerstag den 27. Oktober beginnen.

Das Gutachten über Oberschlesien. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Genf bestätigt es sich, daß der Völkerbundrat in der Lage sein werde, sein Gutachten über die ober-schlesische Frage nächsten Sonnabend oder Sonntag bekanntzugeben. Temps fügt dieser Meldung hinzu, der Völkerbundrat werde an diesem Tage dem Obersten Rat der Alliierten die Lösung mitteilen, die er für die Lösung der ober-schlesischen Angelegenheit empfiehlt.

Ueberwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr in Frankreich. Wie mitgeteilt wird, hat die neue Kontrollkommission vorübergehende Maßnahmen getroffen, um die deutsche Ein- und Ausfuhr zu überwachen. Es hat insbesondere Maßnahmen für die Erstellung von Aus- und Einfuhrbewilligungen getroffen. (Diese Maßnahme ist offenbar Vergeltungsmaßnahme für den Boykott französischer Luxuswaren in Deutschland.)

Ein belgisches Antidumping-Gesetz. Der Brüsseler Korrespondent des Temps berichtet, der Ministerrat habe grundsätzlich entschieden, dem Parlament einen Gesetzentwurf zum Schutz gegen die Einfuhr von Waren aus ehemals feindlichen Ländern mit niedrigerer Währung zugehen zu lassen. Polen fordert Entschädigung von Deutschland. Die Times melden aus Warschau: In der Ausschußsitzung des Reichstages teilte der Außenminister mit, daß er den Gesandten in Berlin mit Entschädigungsforderungen beauftragt habe, die sich aus dem schnellen Rückzug der deutschen Besatzungsmächte in Polen und in der Ukraine im November und Dezember 1918 ergeben hätten.

Polens Forderungen über die Schutzpolizei. General Kozel hat in einem neuen Schritt bei der Reichsregierung die baldige Durchführung seiner letzten Verhandlung gegen die militärische Organisation der deutschen Schutzpolizei in Erinnerung gebracht. Wie wir erfahren, besteht in der Reichsregierung die Absicht, sich nunmehr direkt an den Reichsausschuss zu wenden, um die Anordnungen des General Kozel, die für die Regierung unannehmbar seien, zur Aufhebung zu bringen.

Vertagung der Fräulein-Ratifikation in Washington. Die Times melden aus Washington: Senator Johnson sollte mit

Gesichtsausschlag.

Flechten.